impulse

Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. Märkisch-Oderland

2 2021

In dieser Ausgabe

Versprochen - gebrochen Land muss in Vorkasse gehen
Seite 2

Die reitenden Boten von MOL
Seite 3

Schweinerei unter den Augen der Behörden?
Seite 3

MOL zeigt Flagge auf Straßen und Plätzen
Seite 4/5

Corona-Alltag einer Lehrerin
Seite 6

Kinder an die Macht
Seite 7

Kronprinz Wilhelm – Gegner der Demokratie
Seite 8

Redaktionsschluss
der nächsten Impulse:
1. März 2021

Erscheinen
der nächsten Impulse:
15. März 2021



Die jüngsten Plenarsitzungen des Landtages Brandenburg standen ganz im Zeichen der Pandemie. Das hat auch mit der Weigerung der Landesregierung zu tun, vielen Betroffenen zu helfen. Mit zahlreichen konkreten Vorschlägen im Landtag versuchte die Linksfraktion die Nöte vieler auszugleichen. Dazu zählten u. a. die Unterstützung für Hartz-IV-Bezieher*innen, die Sicherung der Bildung in Zeiten des Lockdowns sowie die Hilfe für die Kulturszene. Leider wurden die Anträge der LINKEN bisher abgelehnt. Für eine konsequente soziale und ökologische Politik wird eine starke LINKE gebraucht.



Unsere Abgeordneten im Landtag

Versprochen gebrochen – Land muss in Vorkasse gehen

Brandenburger Handel und Gastronmie klagen über



schleppende und unzureichende Finanzhilfen. Mit jedem Tag des Lockdowns werden diese aber für die betroffenen Unternehmen nötiger. Dazu erklärte der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Sebastian Walter, im Januar:

„Seit Anfang November sind schnelle und unbürokratische Soforthilfen versprochen. Über zwei Monate sind seitdem verstrichen, in denen u. a. Miete, Gehälter und andere Verbindlichkeiten bezahlt werden mussten. Aus den Soforthilfen sind längst Zu-spät-Hilfen geworden. Der Handelsverband Berlin-Brandenburg warnt seit Wochen vor einer Insolvenzwelle, die über 50 Prozent des Einzelhandels treffen könnte. Viele verzweifelte Unternehmen – auch in Brandenburg – drohen damit, sich der Initiative ‚Wir machen auf' anzuschließen. Sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Die Landesregierung muss endlich handeln und verstehen, dass sie ihre Verantwortung nicht an den Bund abschieben kann. Sie muss in Vorkasse gehen und die November- und Dezemberhilfen schnell und unbürokratisch vorstrecken. Organisatorisch ist das kein Problem, da die Abwicklung so oder so über die Landesbank ILB läuft. Auch die Auszahlungen von ca. 100 Millionen Euro sind kurzfristig leistbar. Wir müssen denen helfen, die jetzt in großer finanzieller Bedrängnis sind. Außerdem fordern wir weiterhin den Unternehmerlohn für Soloselbstständige von 1180 Euro. Für die 59000 Soloselbstständigen in Brandenburg bleibt sonst weiterhin nur Hartz IV."







Das Superwahljahr 2021

Dieses Jahr ist ein Jahr für Richtungsentscheidungen: Das Umsteuern in Richtung eines sozialen und ökologischen Wechsels muss jetzt beginnen. Wir werden dies in den sechs Landtagswahlen, drei Kommunalwahlen und der Bundestagswahl immer wieder hervorheben. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, dass wir ein Umsteuern brauchen. Es ist möglich und notwendig, mit einem konsequenten Politikwechsel zu beginnen – nicht irgendwann, sondern jetzt: für einen sozialen Schutzschirm, Einstiege in einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft, für eine gerechte Beteiligung der Superreichen an den Krisenkosten und für eine weltweite Politik des Friedens. Dafür braucht es mehr als, aber eben auch, parlamentarische Mehrheiten. Wir wollen gestärkt in die Landtage, Stadt- und Kreistage und in den Bundestag einziehen. Und: Wir wollen in Thüringen unseren linken Ministerpräsidenten und in Berlin unsere LINKE-Beteiligung am Senat verteidigen. Wir setzen uns für ein breites gesellschaftliches Bündnis und einen grundlegenden sozial-ökologischen Richtungswechsel ein.

Wir machen Druck. Wir machen das Land sozial!

DIE LINKE.

Wahlkampfteam tritt in Aktion

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

unser Wahlkampf für DIE LINKE und besonders für unseren Bundestagskandidaten in Märkisch-Oderland und Barnim II, **Niels-Olaf Lüders**, nimmt langsam Fahrt auf.

Dafür haben wir im Januar ein Wahlkampfteam gebildet. Dazu gehören:

1. ein engeres Team mit Carsten Kopprasch (Teamleiter), Simone Schubert, Carsten Wenzel und sowie Lutz Kupitz aus Barnim,
2. ein Kreativteam (Pressearbeit und Internet) mit Renate Adolph, Susanne Lang und Martin Schultheiß.

Als Schwerpunktthemen hat Niels Olaf Lüders folgende Politikbereiche gewählt:

- Friedenspolitik/Internationale Solidarität
- Wirtschaft – „Für Menschen statt Konzerne"
- Klima – „Soziale Klimawende – Worauf warten wir?"
- Bildungspolitik – „Fürs Leben lernen statt für Bosse".

In der ersten Hälfte dieses Jahres werden wir auch den Kampf um das Landratsamt MOL aufnehmen! Hier übernimmt Dieter Schäfer die verantwortliche Koordinierung und wird mit uns zusammen im Wahlkampfteam arbeiten.

Für unsere Wahlkämpfe benötigen wir Eure Hilfe, sei es beim Aufgreifen kommunaler Themen oder bei der tatkräftigen und finanziellen Unterstützung. Ebenso brauchen wir Eure Erfahrungen aus langjähriger aktiver Tätigkeit in der Kommune und in der Partei.

Wir danken Euch für Eure Unterstützung!

Lasst uns die Chance nutzen: „Die Zukunft gemeinsam gestalten!"

Das Wahlkampfteam der LINKEN. MOL




Foto: A. Fortunato

Unsere Abgeordneten im Kreistag

Die „reitenden Boten“ von MOL

Nur in Märkisch-Oderland erhalten Geflüchtete keine Ge-



sundheitskarte, die sich in allen anderen Landkreisen Brandenburgs seit Jahren bewährt hat. Auch müssen Geflüchtete in MOL ihr Geld zum Leben jeden Monat selbst im entlegenen Diedersdorf bei Seelow abholen. Um während der Pandemie diese erzwungene Herumreiserei zu beschränken, hat sich Landrat, Gernot Schmidt, etwas ganz Pfiffiges einfallen lassen. Er schickt seine Mitarbeiter wie anno dazumal als „reitende Boten“ mit Schecks zu den Geflüchteten, die diese dann bei ihren Banken einlösen müssen. Geht so eine effiziente und mitarbeiterfreundliche Verwaltung?

Gegen die sonderaufsichtsrechtliche Weisung des Brandenburger Gesundheitsministeriums, eine Gesundheitskarte einzuführen, hat der Landrat auf Kosten des Kreishaushaltes vor dem Verwaltungsgericht Klage erhoben.

Seit Jahren kämpft DIE LINKE dafür, diese menschlich, aber auch rechtlich nicht nachvollziehbare Verwaltungspraxis endlich zu beenden. Auf der Sitzung des Gesundheitsausschusses des Kreistages am 12. Januar wurden auf Druck der Linksfraktion die unwürdigen und unsinnigen Praktiken erneut angesprochen. Der Erste Landratsbeigeordnete, Friedemann Hanke (CDU), erklärte dazu: „Es ist ein Personenkreis, der im Verfahren steht oder im Widerspruchsverfahren gegen den Ablehnungsbescheid. Die haben zum großen Teil negative Bescheide.“ (MOZ, 21.01.2021)

Abgesehen davon, dass es sachlich schlicht falsch ist, dass es sich um „Widerspruchsverfahren gegen den Ablehnungsbescheid“ handelt, da es bei Asylanträgen tatsächlich um verwaltungsgerichtliche Klageverfahren geht, offenbart diese Begründung aber doch zumindest ein Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, das fassungslos macht. Soll das bedeuten, dass diesen Menschen nur deswegen misstraut wird, weil sie um eine gerichtliche Überprüfung eines negativen Bescheids nachsuchen, was doch ihr gutes Recht ist? Oder soll es heißen, dass schon die nicht rechtskräftigen negativen Bescheide, die häufig von den Gerichten korrigiert werden, in Verkennung rechtsstaatlicher Grundsätze zum Anlass für dieses Misstrauen und den unangemessenen Kontrollwahn genommen werden?

Es wird allerhöchste Zeit, über diese Haltung des Landrats und deren Begründung nun endlich parteiübergreifend ins Gespräch zu kommen.

Niels-Olaf Lüders

Bundestagskandidat der LINKEN in MOL

Skandalöse Schweinehaltung in Zinndorf unter Augen der Behörden?



Warum konnte die seit Jahren bestehende Missachtung tierschutzrechtlicher Vorgaben in der Schweinehaltung Zinndorf nicht von den Behörden unterbunden werden? Dazu hat das Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Kreistages Märkisch-Oderland, Renate Adolph (LINKE), eine Anfrage an Landrat, Gernot Schmidt, gestellt. Lag es an mangelnder Durchsetzungskraft oder an zu wenig Personal? Nach Medienberichten waren skandalöse Zustände in der Agrar- und Verwaltungs GmbH Zinndorf durch entsprechende Anzeigen bereits seit Jahren bekannt. Und warum gab es nach weiteren Anzeigen im November 2020 nur mündliche Auflagen und bei einer Nachkontrolle Anfang Dezember 2020 offensichtlich keine Beanstandungen in dem Zinndorfer Betrieb? Seien mündliche Auflagen übliche gängige Praxis, statt diese, insbesondere bei gravierenden und wiederholt auftretenden Fällen, schriftlich zu dokumentieren?

Außerdem will die Abgeordnete wissen, wie oft Betriebe der Tierhaltung auf die Einhaltung von Normen des Tierwohls von der zuständigen Kreisbehörde überprüft werden und welche Konsequenzen die Kreisverwaltung sowohl für diesen Tierzuchtbetrieb als auch für regelmäßige, unangemeldete Kontrollen in anderen Betrieben der Tierhaltung im Landkreis zieht.

Die Untere Wasserbehörde wurde nach Veröffentlichung des Skandals Anfang Januar eingeschaltet. Daraus ergibt sich des Weiteren für Adolph die Frage, ob im konkreten Fall ein ernst zu nehmendes Gefährdungspotenzial für Oberflächengewässer und das Grundwasser besteht.

Die Linksfraktion hofft auf eine schnelle Antwort der Kreisverwaltung. Schließlich wartet sie noch immer auf die Antworten eines Fragekataloges an den Landrat zu seiner alleinigen Entscheidung, den geplanten Neubau der Förderschule Neuenhagen zu stoppen, ohne dabei Gremien des Kreistages einbezogen zu haben. Diese Anfrage hatte die Fraktion bereits am 9. Dezember auf der Sitzung des Kreistages dem Landrat übergeben.







Linke vor Ort

Seelow zeigt Flagge zum Atomwaffenverbotsvertrag

Am 22. Januar 2021 trat der von den Vereinten Nationen im Jahr 2017 verabschiedete Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Atomwaffen sind ab jetzt völkerrechtlich geächtet und verboten. Deutschland ist bisher dem Vertrag nicht beigetreten. Das von Hiroshima geführte, weltweite Städtebündnis Mayors for Peace mit rund 8.000 Mitgliedern, darunter 700 Städte in Deutschland, begrüßt das Inkrafttreten des Vertrags. Als Zeichen ihrer Unterstützung hissten etliche deutsche Mitgliedsstädte, darunter auch Seelow, am 22. Januar die Mayors-for-Peace-Flagge. Zahlreiche Bürger*innen aus Seelow folgten der Einladung des Bürgermeisters.



Der zivilgesellschaftlich auf den Weg gebrachte Vertrag geht auf die Aktivitäten der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) zurück, die 2017 den Friedensnobelpreis erhielt. Die Städte für Frieden sind eine der rund 500 Partnerorganisationen von ICAN.

Doris Richter , Seelow



Foto: A. Fortunato

Viele junge Menschen bei Gedenkveranstaltung

Am 27. Januar gedachten wir auch in Strausberg wie überall in der Welt der Opfer des Faschismus. Am 27. Januar vor 76 Jahren haben Soldaten der Roten Armee das Konzentrationslager in Auschwitz befreit. Hier wurden während des Hitlerfaschismus mindestens 1,1 Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten wegen ihrer Herkunft und der politischen Einstellung ermordet.

Dieser Tag der Befreiung ist mittlerweile internationaler Holocaust- Gedenktag.

Das Gedenken in Strausberg, an dem die Partei DIE LINKE, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen und das Alternative Jugendprojekt 1260 e. V. teilnahmen, fand den Erfordernissen der Pandemie entsprechend, mit Maske und Abstand statt.

Anschließend gedachte die Bürgermeisterin, zusammen mit Kommunalpolitiker*innen der Opfer des Faschismus. Die Bürgermeisterin von Strausberg, Elke Stadeler, und der Kreisvorsitzende des VVN-BdA, Wolfram Wetzig, unterstrichen in kurzen Redebeiträgen die Wichtigkeit des Erinnerns an die Opfer und des gemeinsamen Eintretens gegen den Faschismus. Wünschenswert ist für folgende Veranstaltungen ein gemeinsames Auftreten!

Erfreulich war die seit längerer Zeit festzustellende Tendenz des starken Engagements der jüngeren Generation.

Carsten Wenzel
Strausberg / BO Tamara





Aus der Vergangenheit Nichts gelernt?

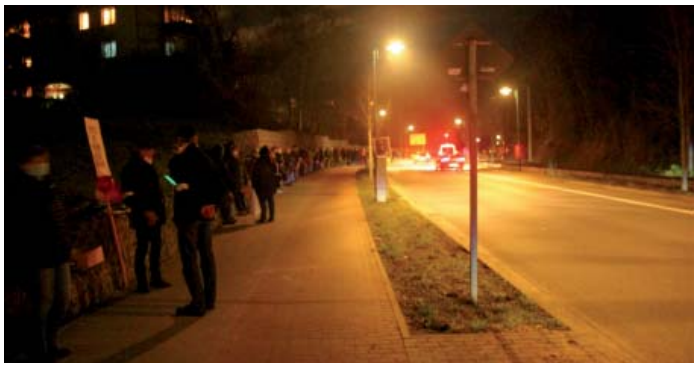
Der Holocaust-Gedenktag erinnert an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945. Vor 76 Jahren wurde Auschwitz von sowjetischen Truppen befreit. Dort waren etwa 1,1 Millionen Menschen von den Nationalsozialisten ermordet worden.

Am 27. Januar 2021 wurde zum 25. Mal in einer Gedenkstunde im Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Reicht das aus? Ereignisse in der jüngsten Vergangenheit, die im Zusammenhang mit rechter Gewalt stehen, zeigen das auch 76 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges nationalsozialistisches Gedankengut in den Köpfen einiger Menschen weiterbesteht. Leider auch in Institutionen des Staates wie Polizei, Armee und Geheimdienst. Wenn man die Dokumentationen in den Medien verfolgt, drängt sich die Frage auf, wollte oder konnte der Staat die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nicht konsequenter vollziehen. Die Lehren aus den Nürnberger Prozessen gegen die Kriegsverbrecher scheinen verblasst, verdrängt oder vergessen zu sein.

Unter dem Deckmantel der Demokratie und der Meinungsfreiheit kann sich in diesem Land nationalsozialis-tisches Gedankengut weiterverbreiten. Eine Demokratie, die so etwas zulässt, hat nichts aus der Vergangenheit gelernt, leider! Die Leugner des Holocaust und anderer aktueller Ereignisse sitzen in den Parlamenten auf allen Ebenen. Diesen Menschen möchte ich mit einem Spruch von Bertolt Brecht über die Wahrheit entgegnen:

„Wer die Wahrheit nicht weiß, ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!“ Dem habe ich nichts weiter hinzuzufügen.

Wilfried Hertel
Petershagen/Eggersdorf





Breiter Protest gegen die AfD in Rüdersdorf

Über 130 Menschen protestierten am 23. Januar in Rüdersdorf gegen eine Kundgebung der AfD. Organisiert wurde der Protest von Monika Huschenbett (DIE LINKE), Elske Hildebrandt (SPD) und André Schaller (CDU), die sich über Parteigrenzen hinweg zusammentaten, um den Rechten etwas entgegenzusetzen. Obwohl die Nachricht von der AfD-Veranstaltung in ihrem Ort erst einen Tag zuvor bekannt geworden war, präsentierten sich die Protestierenden mit Abstandsbändern, Plakaten und Transparenten gut sichtbar und ebenso gut besucht. Neben vielen Rüdersdorfer*innen, die per Mundpropaganda auf den Protest aufmerksam geworden waren, waren auch Aktivist*innen aus der VVN-BdA und der Kampagne „Kein Acker der AfD!“ dabei. Auch der Bundestagskandidat der LINKEN in MOL, Niels-Olaf Lüders, war vor Ort. „Sich den Rechten in den Weg stellen ist mir ein Herzensanliegen, deshalb unterstütze ich gern die Gegendemonstranten vor Ort bei ihrem Protest“, so Lüders.

Auch Mitorganisatorin Monika Huschenbett zeigte sich zufrieden: „Dafür, dass wir hier in Rüdersdorf kaum Erfahrung mit Demonstrationen haben, konnten wir einen breiten und stabilen Protest auf die Beine stellen und der AfD deutlich zeigen, dass sie hier nicht willkommen ist. Darauf können wir stolz sein!“

Roya Toulany

Mahnwache zum Gedenken an Phan Văn Toản in Fredersdorf

Am 31. Januar 1997 wurde der damals 42-jährige Phan Văn Toản am S-Bahnhof Fredersdorf von zwei Neonazis brutal zusammengeschlagen. Die Täter waren zwei Fredersdorfer, die ihre Zeit häufig am S-Bahnhof verbrachten. Einer der beiden schlug Phan Văn Toản ins Gesicht. Der andere hob den schlanken Mann hoch und schlug seinen Kopf mehrmals auf den Steinboden. Phan Văn Toảns Freundin musste den Angriff auf ihren Partner mit ansehen. Sie konnte ihn nicht retten, sondern nur noch einen Krankenwagen verständigen. Nachdem Phan in der Notaufnahme um sein Leben kämpfte, wurde er querschnittsgelähmt in eine Rehabilitationsklinik verlegt. Drei Monate nach dem Angriff verstarb er an akutem Herzversagen infolge des Angriffs. Phan Văn Toản hinterließ Freund*innen und Familie in Deutschland und Vietnam.

Geschichten wie diese sind im Deutschland der 1990er-Jahre und auch heutzutage keine Seltenheit. Allein in Brandenburg wurden seit 1990 mindestens 22 Menschen durch rechte Gewalt getötet. Bei weiteren sechs ist ein rechtes Motiv wahrscheinlich, aber nicht erwiesen. Diese Menschen, diese Schicksale nicht hinter Zahlen verschwinden zu lassen, ist das Motiv zahlreicher Initiativen, die dezentral das Gedenken an die Todesopfer rechter Gewalt wachhalten. So nun auch in Fredersdorf: Am 31. Januar organisierte ein Bündnis aus VVN-BdA und der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (BOrG) eine – coronabedingt kleine – Mahnwache in Gedenken an Phan Văn Toản am S-Bahnhof Fredersdorf. In ihrem Aufruf forderten sie: „Wir wollen, dass am S-Bahnhof Fredersdorf eine Gedenktafel dauerhaft an Phan Văn Toản erinnert und alle mahnt, bei rassistischen Handlungen nicht wegzuschauen, sondern aktiv einzugreifen.“

Auch viele Anwohnende aus Fredersdorf und Umgebung, Vertreter*innen der LINKEN und der SPD sowie der Opferperspektive Brandenburg beteiligten sich an der Mahnwache. Einige hatten im Vorfeld Blumen, Kerzen und Transparente zum Tatort gebracht und so zumindest vorübergehend einen würdigen Gedenkort gestaltet.

Leider wurde am Abend noch einmal deutlich, warum antifaschistische Arbeit und Gedenken auch heute noch sehr wichtig sind: Nur wenige Stunden nach der Mahnwache verwüsteten Neonazis den Gedenkort, entwendeten das Transparent und brüsteten sich damit in den sozialen Medien. Diesen menschenverachtenden Ideologien entgegenzutreten bleibt also auch in Zukunft wichtig.

Roya Toulany

Standpunkt zur LINKEN Sicherheitspolitik

Die AG Sicherheitspolitik (Sipo) Strausberg begrüßt den Beschluss des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE vom 23. Januar als Basis für das weitere Handeln gegen Kriegsgefahren.

Im Dokument von Matthias Höhne vermissen wir den Bezug auf eine langjährige Friedenspolitik unserer Partei, die ein wesentlicher Beitrag zur Akzeptanz der Partei als konsequente Friedenspartei war. Die Darlegungen im Höhne-Papier um eine 1 + 1-Erhöhung des militärischen Haushalts sind unverständlich und nicht hinzunehmen. Sie könnte eher als Begründung für die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung dienen.

Die Sicherheitslage im Weltmaßstab ist jedoch besorgniserregend.

Die sozialen Medien konkurrieren mit ihrer wachsenden Monopolmacht mit der Macht der Nationen, um die Köpfe der Bürger zu gewinnen. Bis jetzt haben sie im Wesentlichen nur die Innenpolitik beeinflusst. Diese Entwicklung kann vor dem Wachstum radikaler Bewegungen auch auf die Außenpolitik übergreifen und die internationale Situation ohne militärische Handlungen destabilisieren und unberechenbar machen.

Neue Methoden der Kriegführung haben sich herausgebildet, die oft noch nicht als Kriegsgefahr erkannt werden, in ihren Wirkungen jedoch nicht geringer sind als die des bewaffneten Kampfes.

Die Handlungsfähigkeit ganzer Staaten kann eingeschränkt werden, ja mehr noch – unmöglich gemacht werden. Elementare Versorgungssysteme – Gesundheit, Verkehr, Energie, Lebensmittel, Information – können erheblich eingeschränkt oder ganz zusammenbrechen.

Dabei kommen der Nutzung und des Missbrauchs der Digitalisierung und der Virologie eine zunehmende Rolle zu.

Nicht mehr das „Mehr“ an Militärtechnik ist entscheidend. Die Bundeswehr hat nicht von ungefähr eine neue Teilstreitkraft für den digitalen Schutz geschaffen. Die Methoden des Einsatzes von Viren deuten auf militärisch organisierte Steuerung hin, sie sollten sorgfältig ausgewertet werden.

Angesichts der Verschlechterung der globalen Sicherheit dürfen die neuen Formen der Kriegführung nicht unterschätzt werden. Das muss die Linkspartei allen Mitgliedern und der Bevölkerung überzeugend vermitteln.

Ringen wir um die Erhaltung des Friedens!

Im Auftrag der AG Sicherheit
Wolfgang Neidhardt

Aus unserer Postmappe

Corona-Alltag einer Lehrerin



Es ist 21 Uhr, der nächste Anruf kommt. „Unser Kind ist positiv getestet wurden!“ Wieder Eltern informieren, Klassen in Quarantäne schicken. Bis morgens um 4 Uhr Homeschooling-Plan entwerfen. Das Gesundheitsamt ist zu diesem Zeitpunkt tagelang nicht zu erreichen. Wir hängen in der Luft. Mittlerweile sind 48 Kinder, 5 Lehrer positiv, etliche Klassen in Quarantäne. Jonglieren zwischen Präsenzunterricht mit den Klassen vor Ort und Online-Unterricht. Immer wieder nachts neue Homeschooling-Pläne, weitere Klassen müssen in Quarantäne. Die positiven Testergebnisse kommen mittlerweile stündlich rein. Die Aussage „Schulen sind keine Pandemietreiber“ klingen in diesen Tagen wie Hohn und Spott in unseren Ohren. Wir sind am Limit. Haben Angst. Auf Betteln und Flehen beim Gesundheitsamt, die Schule zu schließen, als Antwort: „Eine Schulschließung ist nicht gewünscht!“ Ich fühle mich krank. Im Sekretariat hole ich mir einen Berechtigungsschein zum Test auf Corona. Zusammen mit einer Liste mit Hausärzt*innen, die Tests anbieten. Die 12. Praxis erreiche ich endlich telefonisch. Die nette Schwester fragt mich, ob ich Kontakt hatte. Ehrlich beantworte ich die Frage. Zwei meiner Schüler sind positiv getestet worden. Die Schwester verweist mich ans Gesundheitsamt. Als Lehrerin bin ich jedoch nur Kontaktperson 2. Grades. Ich arbeite weiter, bekomme nach der verzweifelten Frage, wer denn jetzt für mich zuständig sei, einen Termin in einer Hausarztpraxis. Ich bin negativ. Fühle mich krank, weil ich müde und erschöpft bin. Die Politik greift erst 2 Wochen später ein.



Mittlerweile ist es Mitte Januar. Mein Wecker klingelt um 6. Der Tag startet mit 5 Stunden in der Schule. Die 10. Klassen sind zurück. Während ich bis mittags unterrichte, übernimmt mein Mann die Beschulung unseres Kindes. Es ist 7. Deutsch und Mathe stehen auf dem Plan. Wenn ich nach Hause komme, klatschen mein Mann und ich ab. Eine Trennung zwischen Arbeit und Freizeit gibt es bei uns schon lange nicht mehr. In 10 Minuten geht der nächste Online-Unterricht los, mein Mann muss zur Arbeit. Schnell rennen mein Sohn und ich die Treppen rauf ins Arbeitszimmer. Während unser Sohn auf einer Kuscheldecke seinem Unterricht folgt, gebe ich ebenfalls Online-Unterricht. Der Lehrer von meinem Sohn macht es heute kurz. Zwei Seiten Deutsch sollen bearbeitet werden. Während ich noch unterrichte, steht das Kind mit Arbeitsheft und Bleistift verzweifelt vor mir.

Und weiter geht es:

Erst 16 Uhr habe ich Zeit für ihn. Mittlerweile ist er müde und ich genervt. Der Unterricht für morgen ist noch nicht vorbereitet, in zwei Stunden muss ich zur Notenkonferenz. In 24 Stunden müssen die Zeugnisse fertig sein. Ich weiß nicht mehr, was ich zuerst machen soll. Ich bekomme eine Mail. Eine von vielen. Neben Unterricht, müssen wir uns noch mit Eltern auseinandersetzen, die Masken verweigern und Corona leugnen. Wie wir damit umgehen sollen, bleibt vom Schulamt unbeantwortet. Hinzu kommen Mails von Eltern, die sich beschweren, dass wir ihre Kinder nicht vor Ort beschulen, Beschwerden übers Homeschooling, erkältete Schüler, die zurück in die kalte Schule müssen. Eine Mutter beschwert sich, dass es gerade nur Schienenersatzverkehr zur Schule gibt. Die Kinder sitzen wie Sardinen in den Bussen. Noch nie habe ich Mails so ungerne geöffnet wie gerade. Jede zweite Mail ist eine Beschwerde. Dazwischen gibt es neue Hygieneregeln. Wieder müssen wir uns neu organisieren, wieder Unterrichtsmethoden umstellen und anpassen. Aber der Grundtenor bleibt: Durch das Lüften bleibt der Schulunterricht realisierbar.

Als ich abends mein Kind ins Bett bringe, weint er. Er vermisst die Kinder und die Lehrer. Ich fühle mich schuldig, dass ich für ihn nicht genug Zeit aufbringen kann. 23 Uhr habe ich die letzte Mail beantwortet, den nächsten Tag vorbereitet. Ich bin so unendlich müde.

Bald sollen Grundschulen ohne Hortbetreuung öffnen und Wechselunterricht ist angedacht. Ich frage mich, wie wir das schaffen sollen. Wir sind zwei vollzeitarbeitende Eltern und ich Lehrerin.

Mich stört der Spruch, dass Lehrer auf hohem Niveau jammern. Eher im Gegenteil. Wir haben keinen Dank bekommen, keinen Applaus. Wir haben Mehrarbeit bekommen und werden in den Medien an den Pranger gestellt. Wir werden mit nicht umsetzbaren Konzepten und Ideen konfrontiert. Arbeiten bis zur Erschöpfung. In den letzten sechs Monaten haben viele Quereinsteiger*innen der Schule den Rücken gekehrt, Kolleg*innen sich mit Burnout krankgemeldet. Lehramtsstudent*innen brechen das Studium ab. Auch ich denke manchmal darüber nach, die Schule zu verlassen. Erst heute haben wir gelesen, dass Schulen in den Sommerferien Angebote für die Schüler*innen schaffen sollen. Eltern sollen damit entlastet werden. Meiner Kollegin steigen die Tränen in die Augen. Wann werden wir endlich mal entlastet? Eins möchte ich nach der Corona-Pandemie nie wieder hören: dass Eltern und Kinder in Deutschland keine Lobby haben.

Sollten Schulen wieder öffnen? Als Mama sage ich ein deutliches „Ja!“. Als Lehrerin sage ich „Nein!“ Seit März hat die Politik auch nichts für diese Kluft getan.

Eine Lehrerin und Mama

Kinder an die Macht!



Am 19. Januar hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsident*innen der Bundesländer neuerlich eine Verlängerung und Verschärfung des Lockdowns der bundesdeutschen Gesellschaft angesichts steigender Corona-Zahlen verabredet.

Die Maßnahmen greifen besonders in die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen ein. Für sie sind die verordneten massiven Kontaktbeschränkungen, vor allem die Schließung der Schulen und Kindereinrichtungen, ein tiefer Einschnitt in ihr Leben. Digitaler Unterricht (Homescooling) und Berieselung über elektronische Medien, im besten Falle noch verschiedene Beschäftigungen und Spiele mit Eltern und Geschwistern, können das schulische Lernen, auch das soziale Lernen in der Gemeinschaft mit anderen Kindern, sportliche Betätigung in einer Gemeinschaft usw. nicht ersetzen. Ganz abgesehen davon, dass die finanziellen und räumlichen Bedingungen bei den Kindern und Jugendlichen sehr unterschiedlich sind. Besonders einschneidend und benachteiligend wirken die Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen aus wirtschaftlich ärmeren Familien.

Kinder und Jugendliche werden darüber hinaus noch in Angst und Schrecken versetzt, dass sie mit Kontakten zu Oma und Opa oder anderen Älteren daran schuld sein könnten, wenn diese schwer erkranken oder gar versterben. Das ist doppelt perfide – sowohl gegenüber den Kindern und Jugendlichen, wie auch den Senior*innen bzw. Hochbetagten. Die Kinder haben keine Schuld, und die Senior*innen und Hochbetagten wollen zumeist selbst entscheiden, welche Kontakte sie eingehen wollen.

Kinder und Jugendliche wurden bisher jedoch in die Entscheidungsfindung zu den Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie nicht einbezogen. Sie hatten keinerlei Mitwirkungs-, schon gar kein Mitspracherecht. Wenn überhaupt, wurden in den Medien ab und an einmal Kinder zu ihren Eindrücken im Lockdown befragt – das waren jedoch ausschließlich Kinder aus Mittelstandsfamilien – meist mit Haus und Garten, die Eltern zumeist im Homeoffice und in der Lage, beim digitalen Fernunterricht zu unterstützen. Kein Kind mit Migrationshintergrund, kein Kind aus Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, kein Flüchtlingskind, kein Kind von Soloselbstständigen im „Berufsverbot“ ist bisher zu Wort gekommen.



Was soll und kann dann die neuerliche Diskussion im Bundestag über die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz eigentlich bezwecken? Unserer Linkspartei stünde es gut zu Gesicht, wenn wir diese Missachtung von Kindern und Jugendlichen stärker in den Fokus auch der Diskussionen um COVID-19 rücken würden – nicht nur im Hinblick auf bessere finanzielle Ausstattung der Familien, Verfügbarkeit von digitaler Technik und brauchbarem digitalen Unterricht. Anderenfalls sollte man gleich dazu übergehen, Lehrer*innen zu Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen umschulen zu lassen, weil die ersteren nicht mehr, die zweiten dafür umso mehr benötigt werden, und der ohnehin schon nicht mehr übermäßig attraktive Beruf des Lehrers noch mehr an Anziehungskraft verliert.

Monika Huschenbett
Rüdersdorf

Vertrauen in die Kommunalpolitik

Diesen Monat habe ich einen Bericht in unserer Tageszeitung gelesen, in dem die Position unseres derzeitigen Landrates, Gernot Schmidt, zur Zuständigkeit in der Frage Sanierung der Festhalle Strausberg klar dargestellt wurde. Hier verdeutlichte er noch einmal, wie schon einige Wochen vorher, im öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses Bauen, Umwelt und Verkehr in Strausberg, dass die Stadt für die Sanierung dieses Gebäudes selbst einstehen müsse!

Selbstverständlich besteht nach wie vor ein Interesse, eine Synergie zum Gymnasiumprojekt in der Wriezener Straße, alte Polizeiwache, herzustellen.

Strausberg wird für die Sanierung der Festhalle sicherlich Fördergelder des Landes Brandenburg und eventuell auch des Bundes in Anspruch nehmen können. Ein Teil dieser Fördergelder wäre sicher auch ohne dieses Projekt abrufbar gewesen.

Einer unserer Altbürgermeister hat zum Ende seiner aktiven Zeit als Stadtverordneter richtig festgestellt: „Wenn man jedes Jahr einen angemessenen Betrag in dieses Projekt investiert hätte, wäre der Zustand heute...“


Foto: Carsten Wenzel

Festhalle im Hintergrund

Auch er hat an dieser Entwicklung zu seinen Amtszeiten nichts verändert! Über Jahre/Jahrzehnte wurde wenig in den Altbestand investiert! Objekte wurden abgerissen, weil man den „Roten ihre Häuser nicht finanzieren wollte“, z. B. der Club am See. Oder es wurde so wenig für den Erhalt getan, dass sie nur mit großem Kraftaufwand zu retten sind. Die Liste ist lang: Festhalle, Kulturpark, Kino, Schwimmbad...

Eine Änderung in dieser Vorgehensweise wird durch den neuen städtischen Haushalt nicht dargestellt. Auf Nachfrage und Kritik durch Kommunalpolitiker unserer Linkspartei gab es halbgewalkte Antworten, die für mich weder zukunftsweisend noch nachzuvollziehen sind! So müssen geplante Projekte wie der Kinoneubau abgesagt werden, weil die Förderung „verschnarcht“ wurde, und für andere Projekte wird so wenig Geld geplant, dass 2021 diesbezüglich eine Nullrunde wird!

Bürgerengagement wurde unterdrückt bzw. erschwert, sodass es erstaunlich ist, dass dieses überhaupt noch vorhanden ist!

Mein Dauerresümee: „Augen auf bei der Wahl und Zukunft gemeinsam gestalten!“

Der Stachel

DIE LINKE erzählt Märchen


Foto: Carsten Wenzel

Niels-Olaf Lüders auf dem Monitor beim Vorlesen

Das neue Jahr startet überhaupt nicht erfreulich und jetzt erzählt DIE LINKE auch noch Märchen. Wir sind Märchenerzähler auf unserem YouTube Kanal für Kinder, die etwas Ablenkung benötigen!

Märchen der Gebrüder Grimm und von Hans Christian Andersen lesen u. a.

Isabelle Czok-Alm (Bundestagskandidatin WK 57), Dagmar Enkelmann (Stadtverordnete von Bernau), Niels-Olaf Lüders (Bundestagskandidat WK 59),

Katharina Slanina (Landesvorsitzende der LINKEN in Brandenburg) und André Stahl (Bürgermeister von Bernau).

Link: http://www.youtube.com/watch?v=_r3QDlvGRKw&list=PLohkodIdsfzGfU3EkY37tUiqOXuzjVXZC

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (MdL)
Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
www.dielinke-mol.de
E-Mail: info@dielinke-mol.de

Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
E-Mail: frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de

Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnung der Büros der LINKEN im Februar

- **Die Geschäftsstelle Strausberg** ist nur telefonisch oder per E-Mail zu erreichen.
- **Die Geschäftsstelle Bad Freienwalde** öffnet jeden 1. Dienstag im Monat von 9.30 -11.30 Uhr und jeden Donnerstag von 16.00 - 18.00 Uhr
- **Der LinksTreff Seelow** ist nur telefonisch oder per E-Mail zu erreichen
- **Das Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato in Seelow**: öffnet Montag bis Donnerstag 9.00 - 13.00 Uhr



Kronprinz Wilhelm – „Ein klarer Gegner der Demokratie!“

Die Rückgabeforderungen der Hohenzollern und deren Folgen für das Land Brandenburg standen im Januar auf Antrag der Fraktion DIE LINKE auf der Tagesordnung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landtages. Dazu erklärte die kultur- und wissenschaftspolitische Sprecherin Isabelle Vandre:
Die Forderungen von Georg Friedrich Prinz von Preußen haben Auswirkungen auf die Brandenburger Kulturlandschaft.
Die Abmahnungen von Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Personen des öffentlichen Lebens, die sich in der Auseinandersetzung um die historische Verantwortung des Kronprinzen Wilhelm von Preußen für den Aufstieg der Nationalsozialisten, positioniert haben, ist ein einzigartiger Vorgang. Er zeugt nicht vom Interesse an einer ehrlichen, öffentlichen, historischen Aufarbeitung. Diese Aufarbeitung zu ermöglichen und die Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen, ist jedoch Aufgabe der Politik.
In Bezug auf die von Historikern in den vergangenen Jahren debattierte Frage, ob Kronprinz Wilhelm von Preußen dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet hat, brachte der Ausschuss klare Ergebnisse: „Es gibt keinen Historikerstreit über die Schuldfrage des Kronprinzen. Kronprinz Wilhelm von Preußen war ein klarer Gegner der Demokratie, der auf die Überwindung der Weimarer Republik hinwirkte. Diese Frage auch endlich abschließend juristisch klären zu lassen und damit endgültige Klarheit über die Entschädigungsansprüche herzustellen, ist aus unserer Sicht ein wichtiger und notwendiger Schritt. Vergleiche, die dies ausklammern, bringen uns nicht weiter.“

Bewerbung für den Parteivorsitz

Genosse Reimar Pflanz hat seine Kandidatur für den Vorsitz der Partei DIE LINKE eingereicht. Seine Bewerbung kann unter www.dielinke-mol.de nachgelesen werden. Über den neuen Parteivorsitz wird auf dem virtuellen Bundesparteitag am 26./27. Februar entschieden.



Wir trauern um unseren Freund und Genossen

Joachim Fiedler

Mit ihm verlieren wir einen Menschen, der Spuren in unseren Herzen und Köpfen hinterlassen hat. Er war ein Vordenker und Impulsgeber.
Wir Genossen der Region verdanken ihm unseren politischen Neuanfang in den 90er-Jahren. Sein Anteil an der Entwicklung in der Region und im Landkreis seit der Wende ist herausragend gewesen. Immer übernahm er Verantwortung in vielfältiger Art und Weise. Er war jahrzehntelang Vorsitzender der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, Kreistagsabgeordneter, Vorsitzender der Fraktion im Kreistag, leitete den Finanzausschuss im Kreis Märkisch-Oderland und in der Stadt Bad Freienwalde. Joachim war Mitglied des Kreisvorstandes, Kreisschatzmeister, Vorsitzender des Stadt- bzw. Gebietsverbandes und engagiertes Mitglied in vielen Vereinen und Initiativen.
Überall hat er vorwärtsweisende, machbare Ideen eingebracht. Beharrlich setzte er sich in seiner ruhigen, sachlichen Art für deren Umsetzung ein und überzeugte durch sein großes Wissen, seine gründliche Gesetzeskenntnis und seine Nähe zu den Menschen. Zahlreich und nicht übersehbar sind die Spuren seines Wirkens. Seine fundierte Arbeit wird parteiübergreifend geachtet und gewürdigt.
So konnte er sich zu seinem 70. Geburtstag in das Goldene Buch der Stadt Bad Freienwalde eintragen. Er hinterlässt eine große Lücke – sie wird schwer zu schließen sein. Joachim fehlt uns.
Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt seiner Frau Rita und seiner Familie.

Genossinnen und Genossen
des Gebietsverbandes Bad Freienwalde

Mitteilung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand der LINKEN. Märkisch-Oderland teilt mit, dass Genosse Reimar Pflanz seit Januar auf eigenen Wunsch nicht mehr Mitglied unseres Gremiums ist.
Eine Nachwahl des freiwerdenden Platzes im Kreisvorstand ist nicht erforderlich.
Auch möchte Reimar künftig nicht mehr im Redaktionsteam unserer Kreiszeitung Impulse mitarbeiten.
Wir danken Reimar für seine sehr konstruktive und anregende Mitarbeit.

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.
V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, **Redaktion**: Renate Adolph, Simone Schubert, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.
Layout u. Satz: Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken**: DIE LINKE. MOL, privat